

**Wirtschaftspolitik nach der Bundestagswahl 2021**

**Aufgaben**

- 1 Fassen Sie den Text zusammen. (Material 1)  
**(20 BE)**
  
- 2 Ordnen Sie die im Text vorgestellten wirtschaftspolitischen Zielsetzungen der Parteien sowie die Positionierung des Autors wirtschaftstheoretischen Grundkonzeptionen zu. (Material 1)  
**(30 BE)**
  
- 3 Erklären Sie das Wahlsystem zum Deutschen Bundestag sowie den Einfluss dieses Wahlsystems auf die Zusammensetzung des Parlaments (Material 2) und die Bildung der Bundesregierung.  
**(20 BE)**
  
- 4 Bewerten Sie, auch unter Berücksichtigung von Material 1, ökonomische Lösungsstrategien des Staates zur Überwindung besonderer Herausforderungen, wie die der Corona-Pandemie oder des Russland-Ukraine-Krieges.  
**(30 BE)**

## Material 1

**Andreas Freytag: Wie sehen die wirtschaftspolitischen Perspektiven nach der Wahl aus? (2021)**

[Bei der Wahl zum neuen Bundestag 2021] geht es um sehr viel [...]. Der Wirtschaftspolitik kommt dabei eine besondere Rolle zu. Denn von ihr hängt es maßgeblich ab, wie viele Arbeitsplätze geschaffen werden, wie hoch die Steuereinnahmen sind und wie dynamisch sich die Wirtschaft insgesamt entwickelt. Daran wiederum hängen die Chancen, die Klimaziele zu erreichen, einen möglichen Zustrom von Migrantinnen und Migranten und den demographischen Wandel zu bewältigen, die Finanzierung der Sozialpolitik sowie die Lage der öffentlichen Haushalte.

Der Staat muss im Rahmen der Regelsetzung dafür sorgen, dass es ausreichend Wettbewerb gibt, sodass kein Unternehmen eine Monopolstellung erreichen kann. Dies ist gar nicht so einfach, wie der Fall der großen Digitalunternehmen oder mancher lokalen Wohnungsmärkte zeigt. Der Umstand, dass es ein Quasi-Monopol für Suchdienste im Internet gibt, wird oft als Beleg für Marktversagen (mit moralischem Unterton angemerkt) angesehen, obwohl es sich strenggenommen um Staatsversagen oder Regulierungsversagen (hier aber eher als ein technisches Problem interpretiert) handelt. Der Staat hat immer Schwierigkeiten, die Regulierung eines sehr dynamischen Marktes zu organisieren [...].

Vor diesem Hintergrund macht es Sinn, sich mit den wirtschaftspolitischen Perspektiven nach der Bundestagswahl zu befassen. Mit Ausnahme der Freien Demokraten (FDP) stellen die demokratischen Parteien diese Arbeitsteilung regelmäßig in Frage. Die FDP bekennt sich klar zur marktwirtschaftlichen Ordnung, argumentiert für mehr Freiheit, geringere Steuerbelastung, Bürokratieabbau und eine effektive und effiziente Klimapolitik. Vereinfacht formuliert: Der Staat gibt die Emissionsgrenzen vor, und die privaten Akteure kümmern sich um die technologische Umsetzung. Die Partei plädiert auch für einen Ausbau der digitalen Strukturen. [...] Die Vorstellungen der Arbeitsteilung von Privaten und Staat sind nachvollziehbar.

Die Christdemokraten (CDU), die sich gerne in der Nachfolge Ludwig Erhards sehen, haben indes recht detaillierte Vorstellung zur Industriepolitik in ihrem Wahlprogramm. Minister Altmaier<sup>1</sup> hat ja schon in seiner Industriestrategie 2030 recht konkrete Vorstellungen zu Industriestruktur und den Wertschöpfungsketten geäußert – gemeinhin nennt man so etwas Anmaßung von Wissen. Insgesamt traut die CDU den Unternehmen zu wenig Innovationspotential zu und will viele Technologien vorgeben, insbesondere mit Blick auf das Klima. Immerhin macht die CDU klar, dass sie die ohnehin schon sehr hohen Steuern hierzulande nicht weiter steigern will und in der Europapolitik auf die Übereinstimmung von Kompetenz und Verantwortung setzt, also gegen eine Schuldenunion aufgestellt ist.

Das ist somit kein Vergleich zu Grünen und Sozialdemokraten (SPD). Letztere sehen den Staat als strategischen Investor. Für diese Interpretation staatlichen Handelns gibt es keine überzeugenden Beispiele. Vielmehr scheint es so zu sein, dass wenn Regierungen sich dazu entschließen, einen Sektor oder eine Technologie zu fördern, dieser entweder schon weit entwickelt oder auf dem absteigenden Ast ist – statt des gerne zitierten „Picking winners“<sup>2</sup> findet ein „Picking losers“<sup>3</sup> statt.

Derartige Interventionen sind nicht nur nicht treffsicher, sie sind auch teuer. Deshalb wollen die Sozialdemokraten die Steuern für die Leistungsträger weiter erhöhen, einschließlich der Einführung einer Vermögensteuer und [...] einer effektiveren Erbschaftsteuer. Zudem will man die

---

<sup>1</sup> Altmaier – Bundesminister für Wirtschaft und Energie von 2018 bis 2021

<sup>2</sup> Picking winners – Gewinner auswählen

<sup>3</sup> Picking losers – Verlierer auswählen

40 Schuldenbremse abschaffen oder wenigstens abmildern. Europolitisch wird für die gemeinsame Verschuldung geworben. Nicht zuletzt deswegen ist Herr Scholz der Wunschkandidat der französischen Regierung. Die Folgen dieser Vereinheitlichung sind kaum abzusehen. Mit der Vorstellung der Übereinstimmung von Kompetenz und Haftung in der Wirtschaftspolitik ist sie jedoch nicht kompatibel; sie wird vermutlich zu starken Fehlanreizen bei den Regierungen der Mitgliedsländer führen.

45 In der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik soll der Mindestlohn deutlich erhöht werden (wie auch bei den Grünen und den Linken). Über eine nachhaltige Rentenpolitik wird nicht gesprochen; damit ist die SPD in guter Gesellschaft.

In den Grundlinien stimmen die Grünen mit der SPD weitgehend überein. Steuern sollen erhöht und die Schuldenbremse abgeschafft werden. In der Europapolitik wird die Gemeinschaftshaftung  
50 ebenfalls präferiert. Ihr Verhältnis zur Wirtschaft ist etwas ambivalent. Zum einen sehen sie die Wirtschaft als wichtigen Partner gerade beim Klimaschutz an, zum anderen durchzieht ihr gesamtes Programm eine konstruktivistische Attitüde<sup>4</sup>; Technologien sollen vorgeschrieben beziehungsweise untersagt werden. Unternehmerisches Handeln wird offenbar nur geschätzt, wenn es den grünen Ideen entspricht. Dem Klimaschutz wird zwar fast alles untergeordnet; die Klimapolitik jedoch nicht auf  
55 Effektivität und Effizienz ausgerichtet.

Stattdessen soll es ein Klimaministerium mit Vetorecht geben, und die Geldpolitik soll nachhaltig werden, also nur grüne Anleihen kaufen. Dies entspricht nicht einem rationalen Assignment<sup>5</sup>, denn die Geldpolitik ist für Preisniveaustabilität und nicht für Industriepolitik und Klimaschutz zuständig. [...] Nimmt man die Wahlprogramme zum Nennwert, sind die Aussichten insgesamt düster. Anstatt  
60 eines Aufbruchs zu mehr Freiheit, weniger bürokratischem Klein-Klein und einer Klimapolitik mit Optimismus versprechen gerade die Parteien des linken Spektrums viele teure Wahlgeschenke und drohen den Leistungsträgern mit hohen Belastungen. Das Gegenangebot der CDU ist nicht sehr wuchtig, und die FDP wird es allein nicht richten.

Andreas Freytag: Wie sehen die wirtschaftspolitischen Perspektiven nach der Wahl aus?, in: Wirtschaftswoche, 10.09.2021, URL: <https://www.wiwo.de/politik/deutschland/freytags-frage-wie-sehen-die-wirtschaftspolitischen-perspektiven-nach-der-wahl-aus/27593934.html> (abgerufen am 14.09.2021).

**Hinweis**

Andreas Freytag ist Professor für Wirtschaftspolitik an der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

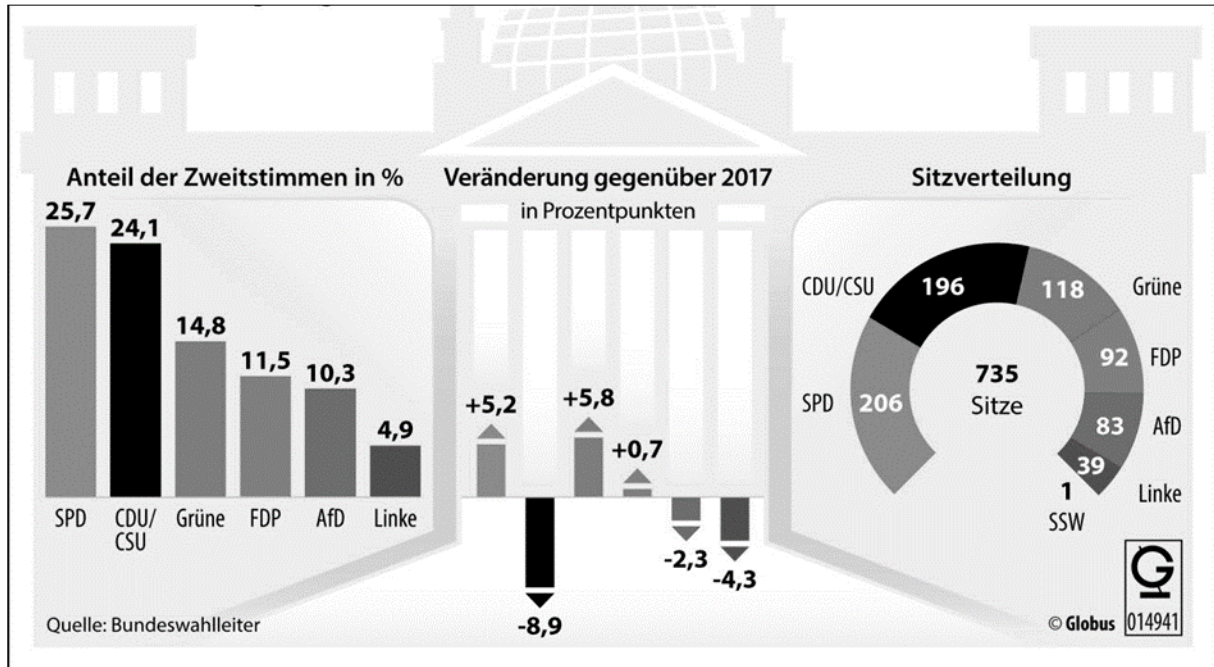
---

<sup>4</sup> konstruktivistische Attitüde – hier: im Sinne von selbst konstruierter und zum Ausdruck gebrachter innerer Haltung

<sup>5</sup> Assignment – Zuordnung

## Material 2

## (Vorläufiges) Ergebnis der Bundestagswahl 2021



picture alliance/dpa/dpa-infografik GmbH (abgerufen am 10.11.2021).

**Hinweise**

Die Reihenfolge der Parteien bei den Veränderungen gegenüber 2017 entspricht der Reihenfolge der Parteien beim Anteil der Zweitstimmen.

Der Südschleswigsche Wählerverband (SSW) ist die Partei der dänischen Minderheit im Bundesland Schleswig-Holstein. Die Partei ist bei den Bundestagswahlen von der Fünf-Prozent-Hürde befreit.